

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Oliver Gerriets

Ratsvorsitzende Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Byrte Janßen

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Michael Kunze

Bürgermeister Fritz Langen

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Prof. Günter Reuter

Ratsmitglied Jasmin Tegge

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Bürgermeister Holger Barkowsky

Ratsmitglied Peter Debring

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Björn Heinisch

Ratsmitglied Howard Jacques

Ratsmitglied Wolfgang Jeschke

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Norbert Schmidt

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Rainer Büscher

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Ratsmitglied Peter Sokolowski

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Stadtrat Dr. Jens Gaul

Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereich Finanzen Sabrina Fürst

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfung Heike Hanseemann

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Petra Kolbe

Ratsmitglied Hermann Stolle

Beigeordneter Michael Veh

Ratsmitglied Lutz Wilhelm

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3 und auf Seite 11

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 9 und 10

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-------|---|-----------------|
| 4.1.1 | 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Wilhelmshaven | 260/2013 |
| 4.1.2 | Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondernvermögen mit den Jahresabschlüssen 2010 - 2012 | 262/2013 |
| 4.2.1 | Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung Deutsches Marinemuseum | 271/2013 |

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Zur Durchführung einer „aktuellen Stunde“ lagen keine Anträge vor.

4 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

4.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

4.1.1 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Wilhelmshaven **260/2013**

Oberbürgermeister Wagner führte im Rahmen einer Ansprache ins Thema ein. Er informierte über die derzeitige Haushaltslage und wies dazu auf die Chancen aus dem Finanzausgleich hin. Gleichzeitig gab er einen Ausblick auf die künftige Entwicklung des städtischen Haushalts.

Anschließend gaben die **Herren Walpurgis, Dr. von Teichman, Biehl, Hellwig** sowie **Frau Ober-Bloibaum** ihre Stellungnahmen zum Thema Haushalt ab.

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 25.11.2013 vor.

Frau Glaser ließ danach über die einzelnen Bereiche des Nachtragshaushaltes getrennt beraten und, wo erforderlich, abstimmen:

1. Änderungsliste

Ergebnishaushalt, lfd. Nr. 1-12 (S. 7)

Keine Wortbeiträge

Ergebnishaushalt, lfd. Nr. 13-32 (S. 8)

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Oberbürgermeister Wagner**, bei dem Minderaufwand durch geringeren Verlustausgleich an die RNK gGmbH in 2013 handele es sich tatsächlich um

einen teilweise einmaligen Effekt. Es kämen jedoch noch weitere Punkte zusammen, die dazu führten, dass der Gesamtverlust der RNK gGmbH niedriger ausfalle.

Ergebnishaushalt, lfd. Nr. 33-42 (S. 9)

Herr Föhlinger brachte folgenden **Änderungsantrag** für die Fraktionen CDU und SPD ein:

„Die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragen für den Nachtragshaushalt 2013/2014 die Einstellung der Stelle eines Verkehrsplaners in den Stellenplan der Stadt und die umgehende Ausschreibung und Besetzung der Stelle des Verkehrsplaners.“

Herr Stoffers erklärte, er gehe davon aus, damit jedoch nicht die Personalkosten erhöht werden sollten. Denn die Einstellung eines Verkehrsplaners sollte dazu führen, dass Sachkosten in gleicher Höhe eingespart würden. Aus dem entsprechenden Sachkostenansatz im Haushalt des zuständigen Fachbereichs würden dann im Falle der Einstellung eines Verkehrsplaners dessen Personalkosten gezahlt. Somit werde der Haushalt durch diese Maßnahme nicht belastet. Parallel würde eine zusätzliche Stelle in der Bewertung E11 im Stellenplan geschaffen werden müssen, um eine Grundlage für eine Ausschreibung zu erhalten.

Herr Biehl bezog sich auf die Beratungen im Finanzausschuss, wonach diese zusätzliche Stelle nicht benötigt werde. Mit den vorhandenen Mitteln könne der Bedarf sehr wohl gedeckt werden und eine zusätzliche Stelle mit externer Ausschreibung sei nicht erforderlich. Dies zeige ihm, dass der Antrag abgelehnt werden könne.

Herr Stoffers stellte richtig, dass die Verwaltung aktuell einen Antrag auf Einstellung eines Verkehrsplaners von Seiten des Fachbereichs Stadtplanung und Stadterneuerung vorliegen habe. Dort gebe es nach deren Wegfall derzeit keine solche Stelle. Es werde geprüft, ob der Bedarf für eine zusätzliche Stelle bestehe oder ob dies auch über externe Vergaben geregelt werden könne. Es müsse zudem geprüft werden, ob die Arbeitsquantität für diese Stelle eine dauerhafte Einstellung erlaube. Diese Prüfung sei derzeit noch nicht abgeschlossen. Wenn diese Prüfung einen Bedarf ergebe, würde eine entsprechende Stelle im Stellenplan geschaffen und eine externe Einstellung vorgenommen werden. Finanziert würde diese Stelle aus dem bereits erwähnten Sachkostenansatz für Gutachten.

Herr Dr. von Teichman hielt die Einrichtung dieser Stelle zwar für notwendig, sie sei zum jetzigen Zeitpunkt jedoch verfrüht. So sei das Verfahren „Step Plus“, aus dem sich gegebenenfalls verkehrstechnische Auswirkungen ergäben, noch nicht abgeschlossen. Er hielt es für sinnvoller, die künftige Entwicklung zunächst abzuwarten.

Herr Biehl schloss aus den Ausführungen von Herrn Stoffers, dass der Antrag eigentlich zu früh vorgelegt worden sei, da die Verwaltung ohnehin derzeit den Bedarf prüfe. Sollte ein Bedarf festgestellt werden, werde eine entsprechende Stelle eingerichtet. Sollte die Prüfung jedoch negativ ausfallen, hätte dies keine Auswirkungen, da es in diesem Falle den heutigen Beschluss über den Änderungsantrag gebe. Die Stelle bestünde dann ohne eigentlichen Bedarf.

Herr Walpurgis erklärte, es sei genug Arbeit für einen Verkehrsplaner vorhanden, so dass diese Stelle dringend benötigt werde. Er wolle zudem auf die mögliche

Einsparung aufmerksam machen, die sich aus der Zahlung der Personalkosten aus dem Sachkostenansatz ergebe: Schließlich fielen die Personalkosten um einiges geringer aus, als die aus diesem Ansatz vorgesehenen Kosten für Gutachten. Seine Fraktion werde den Antrag daher unterstützen.

Der **Änderungsantrag** der Fraktionen CDU und SPD wurde bei 10 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; FDP) **mehrheitlich angenommen**.

2. Änderungsliste: Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept, lfd. Nr. 1-4, (S. 10)

Herr Dr. von Teichman bezeichnete die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes als rein spekulativ und äußerte seine Zweifel darüber, dass die Kommunalaufsicht dies zulasse.

Herr Heinemann erinnerte bezüglich der Zahlen zum RNK an den Auftrag des Rates an die Verwaltung, die Verbesserungen durch die geplante Fusion in belastbaren Zahlen darzulegen. Daher sehe er die heute vorliegenden Zahlen zunächst einmal als vorläufig an und sehe mit Interesse dem Ergebnis entgegen.

Frau Glaser ließ anschließend über den Ergebnishaushalt inklusive des Haushaltssicherungskonzeptes abstimmen:

Beschluss: bei 15 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion; FDP) **mehrheitlich zugestimmt**.

3. Änderungsliste: Finanzhaushalt, lfd. Nr. 1-9, S. 11

Keine Wortbeiträge

Beschluss: bei 15 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion; FDP) **mehrheitlich zugestimmt**.

4. Zuschuss-Anträge, S. 12

1) Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft

Keine Wortbeiträge

Beschluss: bei 14 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion) **mehrheitlich abgelehnt**.

2) Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland e.V.

Keine Wortbeiträge

Beschluss: bei 14 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion) und 1 Enthaltung (Herr Reese, SPD-Fraktion) **mehrheitlich abgelehnt**.

5. Anpassungen an veränderte Verwaltungsstruktur und Produktzuordnungen, S. 12

Keine Wortbeiträge

Zur Kenntnis

6. Investitionsprogramm, S. 17-35

Herr Biehl signalisierte die Ablehnung seiner Gruppe gegenüber dem Investitionsprogramm.

Oberbürgermeister Wagner zeigte sich verwundert, warum in diesem Fall jedoch keine Änderungsanträge eingereicht würden.

Herr Biehl hielt dem entgegen, dass man davon Abstand genommen habe, da sich in der Vergangenheit allzu häufig gezeigt habe, dass konstruktive Ideen von Seiten der Gruppe nicht angenommen worden seien.

An der anschließenden Diskussion über den Umgang mit Vorschlägen der Opposition beteiligten sich neben **Oberbürgermeister Wagner Herr Sokolowski, Frau Breuer und Herr Walpurgis**.

Beschluss: bei 14 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion) und 1 Enthaltung (FDP) **mehrheitlich zugestimmt**.

7. Stellenplan, S. 36-58

Keine Wortbeiträge

Beschluss: bei 14 Gegenstimmen (Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion) und 1 Enthaltung (FDP) **mehrheitlich zugestimmt**.

Abschließend ließ **Frau Glaser** über die Beschlussvorlage 260/2013 „1. Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014“ inklusive der beantragten Änderung abstimmen:

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 15 Gegenstimmen: Gruppe Grüne/WBV; Gruppe BASU/Hammadi; UWG-Fraktion; FDP)

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 115 NKomVG die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013/2014 der Stadt Wilhelmshaven, einschließlich der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts (HSK) sowie die Veränderungen des Stellenplans.

4.1.2 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2010 - 2012 **262/2013**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 25.11.2013 vor.

Herr Dr. von Teichman dankte zunächst den an der Erstellung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Er lobte den Bericht als ausgezeichnete Übersicht über die Lage der Beteiligungen, bei denen leider die Probleme deren Möglichkeiten überwiegen. Hier wolle er besonders die Entwicklung des Reinhard-Nieter-Krankenhauses hervorheben. Besonders die Eigenkapitalausstattung erfülle ihn mit Besorgnis, da dieses bei „Null“ angekommen sei. Seiner Auffassung nach sei das Krankenhaus ohne Zuweisung aus dem städtischen Haushalt in beträchtlicher Höhe insolvent. Auch das Jahresergebnis weise eine erhebliche

Summe an Verlusten aus. Dieses Defizit habe sich in den vergangenen zwei Jahren mehr als verdoppelt. Dieser Besorgnis erregenden Entwicklung müsse dringend gegengesteuert werden, er vermisse hier jedoch entsprechende Maßnahmen.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den vorgelegten Beteiligungsbericht 2013, mit den Jahresabschlüssen 2010 – 2012, in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4.2 Ausschuss für Sport und Kultur (Ratsherr Möhle)

4.2.1 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung Deutsches Marinemuseum **271/2013**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur vom 25.11.2013 vor.

Ergänzend dazu stellte Herr Möhle den **Änderungsantrag**, den Punkt 2 der Vereinbarung wie folgt zu ergänzen:

*„Das Marinemuseum bietet für die Bürgerinnen und Bürger Wilhelmshavens, **einschließlich Schulen**, Vorträge zu marine- und militärgeschichtlichen Themen an.“*

Dieser Antrag sei vom Ausschuss am Montag so angeregt und dort einstimmig verabschiedet worden.

Gleichzeitig wies er darauf hin, dass bei Punkt 4 alle diejenigen als Gäste umfasst werden, die vom Rat eingeladen und empfangen werden.

Zudem wolle er ergänzen, dass bei der künftigen Wilhelmshaven-Card auch eine Ermäßigung für den Eintritt ins Marinemuseum von 25 % vorgesehen sei.

Insgesamt sei für die Vorbereitung aber eine längere Vorbereitungszeit wünschenswert gewesen. Im Rahmen der jetzt durchgeführten Art und Weise sei es den Rats- bzw. Ausschussmitgliedern nicht möglich gewesen, sich mit der Beschlussvorlage ausführlich auseinanderzusetzen. Er bitte daher die Verwaltung, dies künftig anders zu handhaben.

Unabhängig davon sei die Kooperationsvereinbarung durchaus zustimmenswert, da damit das touristische Potential des Marinemuseums aktiv unterstützt werden könne.

Frau Weinstock verließ ihrer Verwunderung über die zeitlich und fachlich ungünstige Vorbereitung Ausdruck. Ihr stelle sich die Frage, wieso die Stadt aus dem Kernhaushalt ein Grundstück vom Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude (GGs) kaufe und es dem Marinemuseum schenke. Es würden auf diese Weise Steuergelder verschenkt, die sinnvoller im Rahmen von Zuschüssen an die Arbeitsloseninitiative hätten verteilt werden können.

Herr Biehl bestätigte dem Museum eine herausragende Qualität und eine gute Führung; hinter diesem stehe ein großer Freundeskreis mit vielen einflussreichen Persönlichkeiten. Gegen die Unterstützung der Arbeit des Museums mit der Hergabe des Grundstückes sei erst einmal nichts einzuwenden. Nicht zustimmungswürdig sei jedoch die Art und Weise der Umsetzung, zumal scheinbar die Stiftung selbst bereit gewesen sei, das Grundstück zu einem angemessenen Preis zu kaufen. Durch die unentgeltliche Abgabe an die Stiftung und Zahlung der Kaufsumme an GGS verschenke der Kernhaushalt eine Geldsumme an eine Stiftung, die dies finanziell gar nicht nötig hätte. Um die Gründe dafür einmal ausführlich von der Verwaltung dargelegt zu bekommen, **bitte er um weitere Informationen und Abstimmung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung**. Solange es keine weitergehenden Informationen gebe, könne er der

Vereinbarung aufgrund der unklaren Verhältnisse nicht rückhaltlos zustimmen. Er appelliere dringend, alle Ratsmitglieder ins Boot zu holen und mit Informationen zu versorgen.

Frau Glaser informierte, es werde zunächst die **Einwohnerfragestunde vorgezogen**, dann erfolge die weitere **Diskussion in nichtöffentlicher Sitzung** und die **Abstimmung** wiederum in **öffentlicher Sitzung**.

Der Rat stimmte der vorgetragenen Abfolge zu.

Herr Stoffers fügte hinzu, dass genau für eine solche Situation der Tagesordnungspunkt bereits auch für den nichtöffentlichen Teil in der Einladung vorgesehen sei. Dennoch sollte die Abstimmung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Teil erfolgen.

Frau Biester begrüßte, dass künftig auch Schulklassen an das Marinemuseum herangeführt werden sollen. Wünschenswert sei aus ihrer Sicht darüber hinaus, dass auch diese Regelung auch auf die Kinder des psychiatrischen Dienstes bzw. den Bildungsdienst nach dem Vorbild der Kunsthalle ausgeweitet würde.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, die von Frau Biester angesprochenen Gruppen seien jedoch nicht Vertragspartei und könnten daher nicht den Beschlussvorschlag erweitern. Dennoch könne darauf hingewirkt werden, dass das Marinemuseum auch diese Besuche fördere.

Herr Reese machte auf den Wunsch der SPD-Fraktion nach einer **redaktionellen Ergänzung des Vertrages** aufmerksam: Das Marinemuseum möge die derzeit noch nicht auf dem Markt befindliche Wilhelmshaven-Karte anerkennen und den Besuchern den entsprechenden Rabatt zu gewähren.

Herr Dr. Graul informierte, dass dies bereits von Seiten der beteiligten Geschäftsführungen des Museums und der WTF vereinbart worden sei.

Herr Dr. von Teichman machte darauf aufmerksam, dass das Marinemuseum durch Private zu einer guten Institution geworden sei. Es sei somit nicht nötig, dass auch städtische Gelder dort hineinfließen. Eine Unterstützung hätten andere Stellen wesentlich nötiger und sei aufgrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt eigentlich auch gar nicht möglich. Zudem sei diese Zuwendung gegenüber anderen kulturellen Einrichtungen, bei denen gespart werden solle, wohl schwer zu erklären. Es stehe zu befürchten, dass so etwas auch von Institutionen anderer Sparten, zum Beispiel aus dem Bereich Sport, eingefordert werde. Sofern die Stadt das Marinemuseum unterstützen wolle, könne dies auch auf immateriellem Wege, zum Beispiel durch Werbung, geschehen. Eine Subvention aus einem maroden Haushalt sei jedoch nicht zu verantworten. Abschließend verurteilte er die scheinbar fehlende Ehrlichkeit in Bezug auf die genannten Zahlen.

Herr Hellwig appellierte, anstelle weiterer Diskussionen nunmehr zu einer Abstimmung zu kommen.

Herr Becker hielt dem entgegen, gerade für Diskussionen sei der Rat doch da. Zweifelsfrei sei das Marinemuseum eine gute Einrichtung für die Stadt. Er gebe jedoch zu bedenken, dass soeben denjenigen, die es benötigten, ein Zuschuss verwehrt worden sei; im Gegenzug würden hier jedoch, wo aufgrund einer starken Mitgliederschaft eine finanzielle Unterstützung eigentlich nicht erforderlich sei, großzügig Haushaltsmittel verteilt.

Da für die weitere Diskussion im öffentlichen Teil keine Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde anschließend, wie von **Frau Glaser** angekündigt, die **Einwohnerfragestunde vorgezogen**.

B. EinwohnerfragestundeFragen zu Angelegenheiten der Gemeinde

(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Delor trug seine Anfrage zum Thema „Deichsicherheit“ vor:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Leider haben meine inzwischen jahrelangen Interventionen bezüglich der Deichsicherheit in Wilhelmshaven nicht zu wesentlichen Abhilfemaßnahmen geführt und auch die einschlägige Ratsresolution hat keine entscheidende Änderung herbeigeführt.

Dies ist umso bedauerlicher, als jüngste Flutereignisse (2006/2007) und die drastische Zunahme von Orkanen die Problematik der Deichsicherheit in besonderer Weise akzentuieren.

Unverändert ist festzuhalten, dass im Bereich der NWO, Heppenser Groden und in einem Teilstück am Maadesiel sowie im Marinestützpunkt/4. Einfahrt (der Hauptdeich ist ca. 2 Meter zu niedrig, es besteht keine 2. Deichlinie, die Schleusentore sind „nur“ 5,90 m üNN) die erforderlichen Deichhöhen in erheblichem Umfang unterschritten werden.

Nach den unbestrittenen gutachterlichen Feststellungen der Forschungsstelle Küste der NLWKN betragen die Unterschreitungen im Stützpunkt 1,83 m und in den anderen Bereichen 0,80 m. Zwar sind für den Bereich Marinestützpunkt für 2015 Maßnahmen angekündigt, was aber nichts daran ändert, dass für die beiden anderen erwähnten Zonen keinerlei Ertüchtigung abzusehen ist und bloße Ankündigungen dem Gefährdungspotential nicht gerecht werden. In diesem Zusammenhang darf ich noch einmal auf die Ereignisse am Maadesiel und im Bereich Mariensiel im Jahr 1962 hinweisen.

Im Falle einer sehr schweren Sturmflut in einer Sturmtidenkette und nachfolgendem Deichbruch befürchten meine Angehörigen und ich Tod durch Erschöpfung, Erfrieren und oder Ertrinken.

Wegen der nunmehr jahrzehntelangen Untätigkeit in einer für die Sicherheit der Bürger entscheidenden Frage, die nicht von Haushaltserwägungen abhängig gemacht werden darf, sondern unverzügliche Maßnahmen erfordert, werde ich nunmehr - wie andere Bürger auch - von meinem Zurückbehaltungsrecht Gebrauch machen. Dies bedeutet, dass ich die auf mich entfallende Deichumlage solange nicht entrichten werde, bis die Deichsicherheit gewährleistet ist. Ich werde den entsprechenden Betrag vielmehr auf einem Verwahrkonto festlegen. Ich bedaure, dass es zu derartigen Weiterungen kommen muss, sehe mich hierzu aber aufgrund der bisherigen Untätigkeit der beteiligten Stellen gezwungen.

Bezug: Einwohnerfragestunde in der Ratssitzung vom 13.2.2013 (Protokoll Nr. 2/2013, S. 27)

In Beantwortung meiner Fragen in Sachen derzeitiger Deichsicherheit besteht ein krasser Gegensatz zwischen der mir von der Oberen Deichbehörde in Oldenburg erteilten Auskunft und der Antwort von Herrn Dr. Graul (s. Protokoll). Ist die telefonische Rücksprache aktenmäßig festgehalten?“

Herr Dr. Graul antwortete darauf:

„Meine Beantwortung an den Fragesteller Herrn Delor im Rahmen der Einwohnerfragestunde zur Ratssitzung am 13.02.2013 beinhaltet das Ergebnis der telefonischen Rücksprache zu Ihrer Anfrage vom 01.02.2013 mit dem Geschäftsbereich VI des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) als der für diesen Bereich zuständigen Deichbehörde.

Diese Beantwortung ist die Dokumentation der telefonischen Rücksprache.

Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass der III. Oldenburgische Deichband in Erwartung einer neuen Festsetzung der Deichsollhöhen für den Heppenser sowie den Rüstersieler Seedeich durch die zuständige Deichbehörde, (Geschäftsbereich VI des NLWKN) bereits Vorplanungen zur Deicherhöhung aufgenommen hat.

Der Träger der Deicherhaltung wird daher bereits in Vorleistung zu Pflichten tätig, die er erst nach der zu erwartenden Neufestsetzung der Deichhöhen zu erfüllen hätte.“

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 des Geschäftsordnung des Rates)

Nachdem zur Tagesordnung keine Fragen vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Der öffentliche Teil der Ratssitzung wurde anschließend für die nichtöffentliche Beratung zum Tagesordnungspunkt 4.2.1 von 17.45 Uhr bis 18.35 Uhr unterbrochen.

4.2.1 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung Deutsches Marinemuseum **271/2013**

Nach Wiedereintritt in die öffentliche Sitzung machte **Herr Biehl** noch einmal auf die mangelhafte Vorbereitung bzw. schlechte Informationsweitergabe aufmerksam. Wären die soeben im Rahmen der nichtöffentlichen Sitzung genannten Fakten bereits in den Ausschuss-Sitzungen so ausführlich und offen dargelegt worden, wäre ein Großteil der Diskussion in der heutigen Sitzung entbehrlich gewesen.

Frau Weinstock stimmte den Ausführungen von Herrn Biehl zu. Sie wies außerdem darauf hin, dass die Stadt hier nicht nur auf Geld verzichte, sondern darüber hinaus noch welches zusätzlich ausgeben. Da andererseits aber wichtigen Einrichtungen wie der Arbeitsloseninitiative eine Unterstützung verwehrt werde, werde die Gruppe BASU/Hammadi den Beschlussvorschlag ablehnen.

Der von **Herrn Harms** eingebrachte **Antrag nach § 10 Abs. 1 Buchst. b der Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte** wurde schließlich **mehrheitlich angenommen**.

Es folgte die Abstimmung über den **Änderungsantrag von Herrn Möhle aus dem Ausschuss für Sport und Kultur**.

Der Änderungsantrag wurde bei 2 Gegenstimmen (Gruppe BASU/Hammadi) **mehrheitlich angenommen**.

Die Abstimmung über den Beschlussvorschlag inklusive der beantragten Änderungen ergab folgenden

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 3 Gegenstimmen: Gruppe BASU/Hammadi; FDP)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung Deutsches Marinemuseum (siehe Anlage) zu.

5 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es bestand kein Informationsbedarf.

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin